



---

---

## **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie**

### **15. Sitzung (öffentlich)**

7. September 2006

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:45 Uhr

15:55 Uhr bis 17:15 Uhr

Vorsitz: Dr. Michael Vesper (GRÜNE)

Protokollerstellung: Monika Disser, Eva-Maria Bartylla

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Die Chancen des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms für NRW nutzen**

1

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1661

In Verbindung damit:

### **Information des Ministers für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie**

Vorlage 14/535

Der Ausschuss hört hierzu die in der folgenden Tabelle aufgeführten Sachverständigen an.

Institution	Redner/-in	Stellungnahme	Seiten
Beckhoff Automation GmbH	Gerd Hoppe	keine	1, 20, 24, 32
Forschungszentrum Jülich	Günter Lincks	14/512	3, 4, 24, 33
Vereinigung der IHK in NRW	Klaus Zimmermann	14/540	4, 5, 19, 24, 34
EU-Kommission, GD Forschung	Richard Escritt	keine	6, 7, 13, 20, 22, 30
ZENIT GmbH	Stefan Braun	14/541	8, 14, 23, 26, 29
Beratungs- und Informationsstelle Forschungsförderung (BIF) Ruhr-Universität Bochum	Dr. Birgit Felten	keine	9, 17, 19, 20, 29
Ministerium für Innovation, Wis- senschaft, Forschung und Tech- nologie des Landes NRW	StS Dr. Michael Stückradt	keine	10, 16, 34

## 2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nord- rhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007** 35

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/2300

In Verbindung damit:

### **Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2005 bis 2009**

Vorlage 14/572

- Einführung in den Einzelplan 06 durch den Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) erstattet den Einführungsbericht zum Haushalt. Es wird vereinbart, dass die Fraktionen ihre Fragen rechtzeitig vor der nächsten Beratung zum Haushalt schriftlich einreichen.

Landtag Nordrhein-Westfalen	III	APr 14/245
Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie		07.09.2006
15. Sitzung (öffentlich)		bar-be
		Seite

**3 Nordrhein-Westfälische Interessen aktiv wahrnehmen: den Lissabon-Prozess der Europäischen Union bürgernah gestalten** 41

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/1659

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen zu.

**4 Für einen ehrlichen Hochschulpakt** 43

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/1879

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die abschließende Beratung des Antrags auf die Sitzung am 9. November 2006 zu verschieben und bis dahin den Versuch zu unternehmen, zu einer gemeinsamen Positionierung aller Fraktionen zu kommen.

**5 Berufliche Perspektiven für Leistungssportlerinnen und Leistungssportler anbieten** 44

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/2092

Vor der weiteren Beratung über den Antrag bittet der Ausschuss das zuständige Ministerium um einen Bericht zum Hochschulsport allgemein und zum Leistungssport an den Hochschulen in NRW.

**6 Das NRW Ziel-2-Programm 2007-2013: EFRE- und ESF-Förderung konsequent und zukunftssichernd ausgestalten** 44

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/2108

Der Ausschuss gibt zu dem Antrag kein Votum ab.

**7 Zukunftspakt zwischen der Landesregierung und den Hochschulen des Landes** 45

Der Ausschuss nimmt die Informationen von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) zum Zukunftspakt zur Kenntnis.

**8 Terminplanung 2007** 47

Die Abstimmung über den Terminplan 2007 wird vertagt.

**9 Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen** 47

Antrag der Landesregierung  
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag  
gemäß Art. 66 Satz 2 LV  
Drucksache 14/2304

Der Ausschuss stimmt dem Staatsvertrag einstimmig zu.

**10 Zukunft der Wasserforschung in NRW** 48

StS Dr. Michael Stückradt (MIWFT) gibt seinen Bericht als Anlage zu Protokoll. Eine Diskussion findet nicht statt.

**11 Verschiedenes** 48

– siehe Diskussionsprotokoll

## Aus der Diskussion

### 2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/2300

In Verbindung damit:

#### **Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2005 bis 2009**

Vorlage 14/572

- Einführung in den Einzelplan 06 durch den Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

#### **Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) trägt vor:**

Ich freue mich, dass wir ungeachtet der notwendigen Konsolidierung des Landeshaushalts auch mit dem Haushaltsentwurf 2007 für den Bereich Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie deutlich machen, dass es im Landeshaushalt eine eindeutige Priorität gibt für Bildung, Wissenschaft und Innovationen in diesem Land.

Wir werden die Ressourcen für die Hochschulen in Übereinstimmung mit dem Zukunftspakt fortschreiben und ihnen damit eine verlässliche finanzielle Basis sichern. Wir werden die Mittel im zentralen Bereich der Innovationsförderung nach diesem Entwurf erheblich steigern und den Schwerpunkt auf Exzellenz und Spitzenforschung legen können. Wir beabsichtigen, 2007 die schon getroffenen strukturellen Weichenstellungen konsequent umzusetzen, um auch aus dem Einzelplan 06 einen Konsolidierungsbeitrag für die Konsolidierung des Haushalts insgesamt zu leisten.

Zu Beginn möchte ich die politischen Eckpunkte dieses Haushaltsentwurfs skizzieren, bevor ich auf die einzelnen Bereiche detaillierter eingehe.

Das Haushaltsjahr 2007 markiert den Beginn der Ära des Zukunftspaktes, der den Hochschulen eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung bis Ende der Legislaturperiode garantiert. Der von der Vorgängerregierung bis 2006 befristete Schutz vor haushaltswirtschaftlichen Eingriffen wird verlängert. Die Regelungen des bisherigen Qualitätspaktes werden weiterentwickelt. Damit werden die finanzielle Basis und die Autonomie der Hochschulen nachhaltig gesichert. Wir halten damit unser Versprechen, die Einnahmen aus Studienbeiträgen stehen außerhalb des Landeshaushalts zweckgebunden für die Verbesserung von Studium und Lehre zur Verfügung. Es gibt keine kompensatorischen Kürzungen der Landeszuschüsse.

Wir haben erst vor wenigen Wochen – der Ministerpräsident, der Finanzminister und ich – diesen Zukunftspakt mit den Rektoren unserer Hochschulen unterschrieben. Ich habe mich auch sehr darüber gefreut, dass der Bundeshochschul-Lehrerverband dieses auch als beispielgebend für andere Bundesländer dargestellt hat, dass wir hier tatsächlich Wort halten konnten.

Zwischenzeitlich haben 27 von 33 staatlichen Hochschulen von dem Recht zur Einführung von Studienbeiträgen Gebrauch gemacht.

Die Hochschulen unterstützen den Konsolidierungskurs der Landesregierung – auch im Zukunftspakt so verankert und Ihnen hier von mir bereits dargelegt. Sie haben sich, wie Sie wissen, bereit erklärt, während der Laufzeit des Zukunftspakts jährlich 50 Bedienstete aus wissenschaftlichen Einrichtungen, die mit kw-Stellen belegt sind, zu übernehmen. In 2007 wird damit im Haushalt begonnen.

Im Bereich Forschung verstärken wir mit dem Haushaltsentwurf 2007 unsere Anstrengungen zur Förderung von Exzellenz und Spitzenforschung im Land. Wettbewerb ist dabei ein Schlüsselement, und zwar nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel, um Qualität zu steigern. Darum wollen wir mit 20 Millionen € die im Exzellenzwettbewerb erfolgreichen Universitäten unterstützen. Die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern ist aus Sicht der Landesregierung ein hervorragendes Instrument, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen weiter zu erhöhen.

Aus demselben Grund wollen wir ein neues Max-Planck-Institut für Biologie des Alterns in Köln ansiedeln. Wir haben Ihnen das schon vorgetragen. Hierzu nehmen wir 6 Millionen € für Bau und Ersteinrichtung in den laufenden Haushalt, um der Max-Planck-Gesellschaft den Einstieg in ein entsprechendes Life-Science-Forschungsnetzwerk zu erleichtern. Insgesamt bieten wir der Max-Planck-Gesellschaft eine Sonderfinanzierung der Bau- und Ersteinrichtungskosten im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung in Höhe von 30 Millionen € an.

Das Rückkehrerprogramm, das zusätzlich in den Haushaltsentwurf aufgenommen worden ist, soll der dauerhaften Abwanderung wissenschaftlicher Spitzenkräfte ins Ausland entgegenwirken. Jungen Spitzenforschern wird für maximal fünf Jahre die Leitung attraktiv ausgestalteter Arbeitsgruppen angeboten, um sie in Nordrhein-Westfalen wieder zu etablieren. 2007 beginnt das Programm mit fünf Arbeitsgruppen, zu denen in den nächsten Jahren weitere hinzukommen werden.

Wie schon im letzten Jahr halten wir unser Versprechen: An den Investitionen in Köpfe junger Menschen wird nicht gespart. Vielmehr verzeichnet der Einzelplan einen Zuwachs von rund 13 Millionen €, der noch deutlich höher ausfallen würde, wenn nicht eine Reihe struktureller und haushaltstechnischer Anpassungen die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr erschweren würde. Beispielhaft nenne ich hierzu folgende Punkte: Erstens. Die allgemeine Kürzung der Sonderzuwendungen für Beamte und die Absenkung der Arbeitgeberbeiträge in der Sozialversicherung wirken sich mindernd auf das Gesamtvolumen aus. Zweitens. Die Auswirkungen der Stellenabsetzungen aufgrund des alten Qualitätspakts und der Arbeitszeitverlängerung. Drittens. Haushaltstechnische Anpassungen im Zuge der Umsetzung

des Globalhaushalts. Hierzu kommt es zum Wegfall der Einnahmen und Ausgaben aus dem Fernstudienmaterial. Viertens. Der Wegfall der BLB-Mieten im Rahmen des geplanten Modellversuchs Liegenschaften an der Hochschule Köln und der Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg. Schon diese exemplarisch genannten Punkte führen allein bei den Hochschulen zu einer rechnerischen Minderung des Budgets um 65 Millionen €. Dadurch werden zusätzliche Mittel überdeckt, wie etwa die 25 Millionen €, die wir zum Ausgleich absehbarer Preissteigerungen in 2007 für die Hochschulen zusätzlich bereitgestellt haben.

Die über 5,1 Milliarden € des Einzelplans 06 verteilen sich im Wesentlichen auf folgende Bereiche: Ungeachtet der eben dargestellten strikten Konsolidierung des Landeshaushalts entfallen auch im Jahr 2007 rund 2,8 Milliarden € – das ist über die Hälfte der Ausgaben – auf die Hochschulen. Für die Hochschulmedizin sind Zuschüsse in Höhe von 913 Millionen €, also rund 18 % der Ausgaben, veranschlagt. Damit umfassen die Bereiche Hochschulen und Medizin, die Gegenstand des Zukunftspaktes sind, über 70 % des Einzelplans. Hinzu kommen die gesetzlich gebundenen Verpflichtungen in Versorgung, Beihilfe und BAföG, die mit fast 800 Millionen € den drittgrößten Block des Haushalts bilden. Die Ausgaben zur Förderung von Innovationen, von der Forschungsförderung über das Technologie- und Innovationsprogramm bis hin zur Exzellenzinitiative und zu wissenschaftlichen Großgeräten, fallen in den vierten Bereich. Er konnte, wie gesagt, um 33 Millionen € gesteigert werden. Der Anteil der sonstigen Mittel des Einzelplans, die im Wesentlichen der institutionellen Förderung dienen, beträgt weniger als 3 %. Wie schon im vergangenen Jahr hat dieser Bereich zur Konsolidierung des Gesamthaushalts einen Beitrag erbracht.

Da dem Zukunftspakt noch ein eigener Tagesordnungspunkt gewidmet ist, möchte ich hier nur die unmittelbaren Auswirkungen auf den Haushaltsentwurf 2007 nennen. Die von der Vorgängerregierung bis 2006 befristete Ausnahme von haushaltswirtschaftlichen Eingriffen wie Minderausgaben oder Ausgabensperren ist bis 2010 einschließlich verlängert worden. Der im Rahmen des Qualitätspakts gebildete Fonds zur Erneuerung der wissenschaftlichen Infrastruktur wird fortgeführt und wächst in 2007 auf 33,6 Millionen € nach 29,1 Millionen € im vergangenen Jahr an. Wie mit den Hochschulen vereinbart, wird damit der Gegenwert der seinerzeit abgesetzten Stellen vergütet. Über die im Qualitätspakt vereinbarten Stellenabsetzungen und über den von der Vorgängerregierung im Zuge der Arbeitszeitverlängerung beschlossenen Personalabbau hinaus wird es an den Hochschulen keine Stellenkürzungen geben.

Die Ausgaben für die Innovationsförderung umfassen die Ansätze für den Gesamtbereich der Forschungsförderung aus den Kapiteln überregionale Finanzierungen, Forschungsförderung sowie Hochschulen Allgemein, die Technologie- und Innovationsförderung, den schon dargestellten Innovationsfonds der Hochschulen und die wissenschaftlichen Großgeräte. Das Gesamtvolumen dieser Ansätze beträgt in 2007 rund 517 Millionen €. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2006 steigt die Innovationsförderung damit um 7,1 %. Damit wird unterstrichen, dass das Innovationsministerium konsequent seine Linie verfolgt, die Wettbewerbsfä-

higkeit des Forschungs- und Technologiestandorts Nordrhein-Westfalen zu stärken.

Auch im Jahr 2007 wird der schon im letzten Jahr eingeschlagene Kurs der strukturellen Konsolidierung des Einzelplans 06 fortgesetzt. Wir wollen unsere Ressourcen strategisch auf die zentralen Bereiche Hochschulen und Innovationsförderung konzentrieren. Im Gegenzug muss die Vielzahl sonstiger Fördertöpfe, Sonderfinanzierungen und Sonderbehörden eingeschränkt werden. Da sind auch im Haushalt 2007 Veränderungen im Bereich der Einrichtungen, Förderprogramme und Studentenwerke unvermeidlich. Dazu gehört, dass die Studentenwohnraumförderung um 2,6 Millionen € abgesenkt wird. Die laufenden Maßnahmen werden noch ausfinanziert. Das Programm selbst wird künftig jedoch von verlorenen Zuschüssen auf Zinsbeihilfen umgestellt.

Mit dem Ende der Bund-Länder-Vereinbarung zur Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre entfallen die Zuschüsse des Bundes für das Programm Frauenförderung, für das bisher 3,4 Millionen € veranschlagt waren.

Gestatten Sie mir hierzu einen kleinen Einschub: Natürlich ist mit dem Ende der Bundeszuschüsse nicht die Grundherausforderung erledigt, dass es einen höheren Anteil von Wissenschaftlerinnen geben muss. Wir haben uns deshalb entschlossen, die berufliche Perspektive von Wissenschaftlerinnen zu einem Kriterium bei der Verteilung des Fonds zur Erneuerung der Hochschulen zu machen. Für diesen Zweck wollen wir rund 5 Millionen € bereitstellen, also deutlich mehr, als das bisher der Fall war. Darüber hinaus gibt es auch das Bemühen meinerseits und meiner Kollegen in den Ländern, mit dem Bund über eine Verlängerung des Bundesprogramms zur Förderung der Wissenschaftlerinnen zu verhandeln. Das wären dann additive Mittel, die wir in den nächsten Jahren erwarten könnten, unter der Maßgabe, dass es hier eine entsprechende Programmerweiterung des Bundes geben sollte.

Ein Teil des Rückgangs der sonstigen Förderung ist auch der Integration des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen in die Universität Duisburg-Essen geschuldet. Dabei handelt es sich um eine Verlagerung, nicht um eine Kürzung von Mitteln.

Sie sehen, dass es bei diesen strukturellen Maßnahmen weniger um die Einsparungen an sich geht. Im Vordergrund steht die strategische Neuorientierung des Geschäftsbereichs.

Daher möchte ich Ihnen auch einen Ausblick auf weitere strukturelle Maßnahmen im Bereich der wissenschaftlichen Einrichtungen geben. Als ich vor etwa einem Jahr die Neuausrichtung der wissenschaftlichen Landeseinrichtungen ankündigte, wurde mir nicht nur die Absicht unterstellt, die betroffenen Institute womöglich zerschlagen zu wollen, mir wurden sogar noch Kürzungsbeschlüsse der Vorgängerregierung zur Last gelegt. Mittlerweile hat die Entwicklung gezeigt, dass von einer Zerschlagung noch nicht einmal im Ansatz die Rede sein kann. Ziel der vielfältigen Gespräche mit den Instituten und Hochschulen ist vielmehr, die betroffenen Einrichtungen als funktionsfähige organisatorische Einheiten in ein geeignetes wis-

senschaftliches Umfeld einzufügen. Das eben erwähnte KWI ist hierfür ein gutes Beispiel. Dadurch erhalten die Einrichtungen die Chance, sich noch besser zu vernetzen, noch interdisziplinärer zu arbeiten und mit der oder den Universitäten im Rücken effektiver zu werden. Das Beispiel KWI zeigt, welche Perspektiven zur Weiterentwicklung für das Institut selbst in dieser Integrationsstrategie liegen.

Nach erfolgreichem Abschluss der Gespräche beabsichtigen wir, mit der ersten Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf für eine Reihe von Landeseinrichtungen – ich nenne hier die Sozialforschungsstelle Dortmund, das Institut Arbeit und Technik und das Landesspracheninstitut – die Integration in die jeweiligen Hochschulhaushalte umzusetzen. Personal- und Sachmittel werden in vollem Umfang in die jeweils aufnehmende Hochschule verlagert. Im Rahmen der Vereinbarung zum Zukunftspakt werden die Hochschulen jedoch schrittweise das Personal auf eigene Stellen übernehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das waren die Grundzüge des Haushaltsentwurfs 2007 für den hier relevanten Einzelplan 06. Die Zahlen zeigen, dass die Landesregierung konsequent ihren Kurs verfolgt, trotz der notwendigen Haushaltskonsolidierung weiter in die Zukunft zu investieren. Den Hochschulen haben wir mit dem Zukunftspakt und mit dem Studienbeitragsgesetz die finanzielle Gestaltungskraft gegeben, um mit besserer Ausbildung und exzellenter Forschung in der internationalen Konkurrenz besser bestehen zu können. Den Königsweg in der Forschungs- und Innovationspolitik markieren unverändert das Ziel Exzellenz und das Prinzip Wettbewerb. Dementsprechend werden die Ressourcen für die Innovationsförderung deutlich gesteigert, um die Forschungsaktivitäten in unserem Land auszubauen und neue starke Einrichtungen für Nordrhein-Westfalen zu gewinnen. Der Haushaltsentwurf 2007 steht damit für eine Innovationspolitik aus einem Guss. Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg Nordrhein-Westfalens zum Innovationsland Nr. 1, wie wir es mit unserer Regierungserklärung angekündigt haben.

**Dr. Michael Brinkmeier (CDU)** bittet das Ministerium um Vergleichszahlen aus anderen Bundesländern, was die Entwicklung der Etats angehe, soweit sie vergleichbar seien. Ihn interessiere auch, inwieweit in anderen Bundesländern langfristige Vereinbarungen getroffen worden seien.

**Karl Schultheis (SPD)** schließt sich dieser Bitte an. – Die SPD messe das gerade Vortragene an der Ankündigung der Landesregierung, Nordrhein-Westfalen zum Innovationsland Nr. 1 zu machen. Der Einzelplan 06 steige um 0,2 %, während der gesamte Haushalt um 2,2 % steige. Vor diesem Hintergrund stelle sich natürlich die Frage, ob die Prioritäten richtig gesetzt worden seien.

Das gelte auch für die Forschungsförderung. Die Ausgaben für die Forschung stiegen zwar stärker als der Haushalt insgesamt, aber dann müsse gesehen werden, wo. Die Ausgaben im Bereich der Bund-Länder-Finanzierungen stiegen überproportional. Bei den Landesprogrammen sehe das aber anders aus. Da stelle sich die Frage, ob das der richtige Weg sei, um Nordrhein-Westfalen strategisch zu positionieren. Der Minister

habe selbst die 200 Stellen angesprochen, die auch im vergangenen Jahr bei der Haushaltsberatung eine Rolle gespielt hätten. Zunächst sei ja verneint worden, dass es diese Stellen überhaupt gebe. Die gebe es aber in der Tat. Jetzt werde sogar gar nicht abgewartet, bis diese Stellen frei würden, sondern es werde bereits eine Minderausgabe in Höhe von über 1,9 Millionen € angesetzt.

Die Ausgaben für den Hochschulbau gingen zurück – auch nach den Ergebnissen der Föderalismusreform. Da stelle sich die Frage, ob das das richtige Signal sei, um sich im Wettbewerb in der Bundesrepublik und darüber hinaus aufzustellen.

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)** äußert, der Minister habe von einem zukunftsgerichteten Haushalt für die nächsten Jahre gesprochen. Wenn man sich aber die mittelfristige Finanzplanung von 2006 bis 2010 ansehe und das Innovationsministerium mit dem Ministerium für Schule und Weiterbildung vergleiche, lasse sich kaum ein Zuwachs feststellen. Der Qualitätspakt werde zwar fortgeführt, aber mit Blick auf die Anforderungen der nächsten Jahre, unter anderem mit wachsenden Studierendenzahlen, frage sie sich, ob das als Zukunftsplanung tatsächlich ausreiche. Allein der Schulhaushalt habe einen Zuwachs von 1 Milliarde € bis 2010. Für den Wissenschaftshaushalt seien das aber gerade einmal 200 Millionen €. Sie frage den Minister, ob er meine, dass das die richtige Zielrichtung sei.

Sie habe noch eine Reihe weiterer Fragen und schlage vor, dass alle vier Fraktionen ihre Fragen wieder schriftlich einreichen, wie das bei den Haushaltsberatungen zum Haushaltsentwurf 2006 auch der Fall gewesen sei.

**Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT)** sagt den von Herrn Brinkmeier erbetenen Vergleich zu.

Die 200 Stellen seien nie in Abrede gestellt worden. Man habe nur gesagt, sie würden nicht gestrichen, wie das fälschlicherweise behauptet worden sei. Sie würden verlagert, und zwar nicht zum Nachteil der Hochschulen, sondern auf ihre dort frei werdenden Stellen könnten die Hochschulen Personal übernehmen, das frei werde, weil bei den Instituten, wie dargelegt, umorganisiert werde. Das finde beginnend mit dem nächsten Jahr statt. Er sei den Hochschulen auch sehr dankbar dafür, dass sie dieses Verfahren mitgestalteten. Denn es schwäche nicht ihre Möglichkeiten und eröffne dem Land trotzdem mehr Handlungsspielräume. Nur kw-Stellen auszuweisen, sie aber nicht zu realisieren, helfe auf Dauer natürlich nicht, um den Haushalt in Ordnung zu bringen.

Dass die Hochschulbaumittel im Vergleich zu diesem Jahr zurückgingen und man nur die Interessensquote von 15,6 % bekomme, treffe nicht zu. Das sei wiederholt dargelegt worden. Die Genese des Vorgangs sei bekannt. Für 2007 werde man mindestens bei den Forschungsbaumitteln wohl den Königsteiner Schlüssel bekommen, die 21,6 von den ungefähr 300 Millionen €. Das helfe sogar ein bisschen im Vergleich zur bisherigen Lage. Denn durchschnittlich habe man in den 90er-Jahren nur mit 12,6 % an allen Hochschulbaumitteln partizipiert. Jetzt seien es 15,6 % und bei den Forschungsbaumitteln dann 21,6. Ab 2008 werde das wieder wettbewerblich ausgeschrieben. Dann müs-

se man sehen, inwieweit die Hochschulen im Wettbewerb um diese Forschungsbaumittel reüssierten.

Über den erheblichen Modernisierungstau sei bereits mehrfach gesprochen worden. Natürlich müssten alle Anstrengungen unternommen und alle sich bietenden Chancen ergriffen werden, um diesen Modernisierungstau schneller abbauen zu können, als das in den letzten 15 Jahren gelungen sei.

Zur mittelfristigen Finanzplanung: Frau Dr. Seidl habe den Aufwuchs um 200 Millionen € benannt. Fairerweise müsse aber auch, was die Qualitätssteigerung betreffe, betrachtet werden, dass die Hochschulen des Landes durch das Studienbeitragsgesetz in den nächsten Jahren jährlich 300 Millionen € zusätzlich über Studienbeiträge zur Verfügung hätten, die sie qualitätsverbessernd einsetzen könnten. Darüber hinaus habe er sich – er habe das bereits dargelegt – im Deutschen Bundestag als einziger Landeswissenschaftsminister im Rahmen der Föderalismusreform für einen Hochschulpakt 2020 eingesetzt. Außerdem habe man die Neuregelung beim 21b: Bund und Länder könnten kooperieren, auch bei der Finanzierung der Hochschulen. Mit Blick auf die Herausforderungen der nächsten Jahre – die sehe er genauso – liefen gegenwärtig ja die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern. Hier werde natürlich auch der Bund seine Zusagen mit entsprechenden Finanzmitteln unterlegen müssen, was gegenwärtig noch nicht absehbar sei. Er habe gesagt, in dem Umfang, in dem der Bund einen weiteren Aufwuchs an Studienanfängerplätzen anreize, werde das Land Nordrhein-Westfalen auch zu einem zusätzlichen eigenen Beitrag kommen. Eines müsse er aber feststellen: Das Land NRW habe schon in der Vergangenheit über seinen eigenen Bedarf hinaus ausgebildet. Wenn Deutschland insgesamt ein Demografieproblem habe, müsse es einen Ausgleichsmechanismus geben. Der Bund habe das auch für sich erkannt. Man könne nur in dem Maße zu einem Aufwuchs finden, in dem der Bund dieses dann auch kofinanzieren. Das werde, soweit das feststehe, in den nächsten Jahren schrittweise zu Anpassungen führen, schwerpunktmäßig Anfang des nächsten Jahrzehnts, weil die eigentlichen Herausforderungen Anfang des nächsten Jahrzehnts anstünden.

**Vorsitzender Dr. Michael Vesper** hält abschließend fest, dass die Fraktionen ihre Fragen für die weitere Beratung schriftlich formulieren sollten.

### **3 Nordrhein-Westfälische Interessen aktiv wahrnehmen: den Lissabon-Prozess der Europäischen Union bürgernah gestalten**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/1659

**Dr. Stefan Berger (CDU)** führt aus, Innovationspolitik sei ja nicht immer nur eine Frage der Höhe des Haushalts, sondern hänge auch mit Strukturen zusammen, um das Geld, das die Regierung bereitstelle, auch in einen effizienten Prozess umwandeln zu können. Er halte diesen Antrag für eine gute Grundlage, um dem Defizit, dass in Nordrhein-

